

Spasspartei im Spassparlament

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **94 (2014)**

Heft 1018

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Spasspartei im Spassparlament

Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren ein durchschlagender Erfolg: Schon viele Wochen im voraus zierte bunte Plakate ganz EU-Land, Fernsehdebatten sorgten für Unterhaltung, der Einzug kurioser Parteien für einige Spannung – und die Unfähigkeit zur Interpretation der Wahlergebnisse für anhaltende Aufregung. Grossartig! Doch wo Licht ist, ist auch Schatten: Leider wurden die Wahlen von einem handfesten Skandal erschüttert. Oder vielleicht besser: einem Fauxpas.

Denn nachdem das deutsche Bundesverfassungsgericht eine 5-Prozent-Hürde im Kontext der «europäischen Wahlen» für unsinnig erklärt hatte, zelebrierte die Satireorganisation «die PARTEI» einen Einzug ins Parlament. Die PARTEI (kurz für «Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative») ist eine Veranstaltung des Satiremagazins «Titanic», dessen ehemaliger Chefredakteur Martin Sonneborn nun MdEP geworden ist.

Skandalös ist dabei weniger die Performance der Spasstruppe um Sonneborn, die sich unter dem Slogan «JA zu Europa! NEIN zu Europa!» gegen EU-Normen für weibliche Brüste einsetzte. Nein, empörend ist vielmehr, dass Sonneborn & Co. mit ihrem Wahltriumph auf peinliche Art und Weise das Scheinwerferlicht einer konkurrierenden Satireorganisation zu stehlen versuchen: des Europäischen Parlaments nämlich. Das ist etwa so angemessen, wie wenn die Schwiegermutter der Braut zur Hochzeit ein weisses Kleid anzieht. So etwas tut man einfach nicht.

Schliesslich war viel Fleiss und Mühe notwendig, um das Europäische Parlament nach dem Chinesischen Volkskongress (fast 3000 Darsteller!) zur zweitgrössten Satireveranstaltung der Welt zu machen. 766 Mann stark ist die Darstellertruppe des Europäischen Parlaments. Mit unglaublichem Fleiss und feinem Gespür für Surrealismus stellt sie den Alltag eines Parlamentes nach, das auch nach diversen Gipfeltreffen praktisch keinerlei Kompetenzen innehat.

Die Verschwendungssucht des politischen Betriebes nimmt die Truppe aufs Korn, indem sie sich exorbitante Löhne auszahlt – häufig ein Vielfaches des Lohns nationaler Politiker. Grandios auch die Aufführung, in der die Darsteller durch das Eintragen in «Anwesenheitslisten» Tagegelder kassieren, nur um danach so-



Christian P. Hoffmann

ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

fort fluchtartig die Bühne zu verlassen. Der politische Nepotismus wiederum wird karikiert, indem zahlreiche «Parlamentarier» ihren Stab aus Familienmitgliedern besetzen. So etwa der vermeintliche Systemkritiker und Anführer der britischen Unabhängigkeitspartei UKIP, Nigel Farage, der seiner deutschstämmigen Ehefrau ein Parlamentsgehalt auszahlt. Unbezahlbar!

Ein weiterer Glanzpunkt des europäischen Satirefeuerwerks ist die offenkundige Unfähigkeit des vermeintlichen Entscheidungsorgans, sich auf einen Tagungsstandort zu einigen, was einen ständigen Umzug der gesamten Truppe zwischen Brüssel und Strassburg zur Folge hat. Wie liesse sich die Dysfunktion politischer Formelkompromisse besser illustrieren? Kein Wunder, investiert die Europäische Union rund 2 Milliarden Euro jährlich in das Budget der Satiretruppe. Über 6000 Personen arbeiten inzwischen auch hinter den Kulissen des «Parlaments».

Die neuerlichen Wahlen allerdings sollten einen vorläufigen Höhepunkt des humoristischen Schaffens bieten, indem die europäischen Parteien – die weder europäisch noch Parteien sind – «Spitzenkandidaten» für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten aufstellten (und einander sogar im TV duellieren liessen – köstlich!), nur um im Anschluss der europäischen Wählerschaft zu offenbaren, dass das «Parlament» keinen Einfluss auf die Besetzung des Kommissionspostens hat.

Und ausgerechnet in diesen Geniestreich der politischen Satire platzt nun Martin Sonneborn mit seiner PARTEI. Nein, das ist einfach ungehörig. Mein Applaus gilt ausschliesslich dem bewährten Ensemble des Europäischen Parlaments. Sonneborn sollte sich eine andere Bühne suchen, um den politischen Betrieb zu foppen. Zum Beispiel den Elysée-Palast – der dortige Hauptdarsteller war zuletzt eher tragikomisch, so dass im Vergleich dazu selbst ein Deutscher unbeschwert lustig erscheinen könnte. ◀